

# Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



**Bildungstag  
des LEB**

**2009**

**Ergebnisse  
der Diskussionen  
und Workshops**

**4 Seiten Hochschule aktuell**

## Inhaltsverzeichnis

**Infotag des Landeselternbeirats** am 14. März 2009  
Ergebnisse der Diskussionen und Workshops:

Zentrale Diskussion: Aufschwung durch Bildung . . . . .	3
Workshop 1: Grundschule: Praxiserfahrung im jahrgangsübergreifenden Unterrichten . . . . .	6
Workshop 2: Grundschule: „Donnerstagsschule“ – Erfolgreiche Kooperation mit dem Kindergarten . . . . .	8
Workshop 3: Kultusministerium zu Abitur 2012 und zur gemeinsamen Kursstufe . . . . .	10
Workshop 4: Erfahrungen mit G8+ am Gymnasium Wilhelmsdorf . . . . .	13
Workshop 5: Kooperation zwischen IHK und Schule. . . . .	14
Workshop 6: Sozial- und Persönlichkeitskompetenz- vermittlung in der Schule . . . . .	15

Workshop 7: Regionale Bildungsbüros – Informationen aus Freiburg und Ravensburg . . . . .	16
Workshop 8: Das Fach Glück – Erfahrungen an einer Heidelberger Schule . . . . .	18
Workshop 9: Eckpunkte der neuen Hauptschule /Werkrealschule . . . . .	21
Workshop 10: Neuerungen bei den Realschulen . . . . .	22
<b>Hochschule aktuell</b>	
Lehrerbildung: Self-Assessment für Lehramtsstudierende . . . . .	24
Internet: wichtige Links zum Studium . . . . .	27



Christiane Staab,  
Vorsitzende des Landeselternbeirats

Liebe Leserinnen und Leser,

„Raus aus der Krise, rein in die Bildung“, unter diesem Motto stand der Bildungstag 2009 des Landeselternbeirats Baden-Württemberg. Als wir diesen Tag vorbereiteten, wollten wir in der Wirtschaftskrise Mut machen, über Bildung nachzudenken; aufzeigen, wie wichtig außerschulische Partner für eine gelingende schulische Ausbildung sind, um junge Menschen „krisenfest“ zu machen. Jäh sahen wir uns dann am 11. März mit einer Krise völlig anderen Ausmaßes konfrontiert. Es ging nicht um eine Arbeitsmarktkrise oder die unmäßige Bereicherungsmentalität einzelner verantwortungsloser Wirtschaftsvorstände. Es ging und geht um eine Krise unseres menschlichen Zusammenlebens. Das Fundament unserer Gesellschaft wurde ins Wanken gebracht, als ein Kind schwerbewaffnet loszog, um andere Kinder und Erwachsene zu ermorden. Nicht als Kindersoldat weit weg in Afrika, sondern als Klassenkamerad, Nachbarsjunge, Schüler in Baden-Württemberg. Diese Krise stellt uns vor weit grundsätzlichere Fragen dessen, was Elternhaus und Schule als gemeinsamen Erziehungsauftrag annehmen und erfüllen müssen, als das, was wir beim Bildungstag behandeln konnten oder geplant hatten.

Unsere ganze Gesellschaft ist aufgerufen, gemeinsam zu überlegen, wo sinnvolles Arbeiten möglich und nötig ist, um eine Kultur des Hinschauens statt Wegsehens, des Verstehenwollens statt Ignorierens, des Einbeziehens statt Ausgrenzens zu schaffen. Es gilt für uns nicht, Schuld zuzuweisen, das ist die Aufgabe der Staatsanwälte. Unsere Aufgabe als Verantwortliche für Kinder in diesem Land ist es, zu fragen, was jeder Einzelne von uns tun kann, um Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit, seelische Erkrankung zu erkennen, bei ihrer Bewältigung zu helfen und sie möglicherweise gar nicht entstehen zu lassen.

Auch die Politik muss sich fragen lassen, was sie einsetzt, um Schulen so auszustatten, dass dort Eltern, Lehrer und alle anderen am Schulleben Beteiligten gemeinsam einen Raum schaffen können, an dem Kinder gesund an Leib und Seele aufwachsen und lernen können. Nur der Austausch von Türklippen wird nicht ausreichen, wenn es auch ein wichtiger Beitrag ist.

Viele Schulen und Eltern haben zu lange in einer Zeit des Hedonismus und des „ich- meiner- mir- mich“ die Seelenbildung und die Gemeinschaftsbildung aus den Augen verloren. Seit Jahren mahnen wir LEBler dies an. Einmal im Jahr Hochseilgarten mit der Klasse oder Vergnügungspark mit den Kindern am Sonntag, das reicht nicht.

Höchste Zeit, sich daran zu erinnern.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre Christiane Staab

**Impressum:** Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Alexanderstraße 81, 70182 Stuttgart, Vorsitzende: Christiane Staab – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Wiesenblick 6, 72250 Freudenstadt, E-Mail: [sib@leb-bw.de](mailto:sib@leb-bw.de), Internet: [www.leb-bw.de](http://www.leb-bw.de).  
Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: [info@neckar-verlag.de](mailto:info@neckar-verlag.de), Internet-Adresse: [www.neckar-verlag.de](http://www.neckar-verlag.de) – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

## Mit guter Bildung zum nächsten Aufschwung

### Kultusminister Rau und Arbeitgeberpräsident Hundt: Schule braucht starke Partner

Raus aus der Krise – rein in die Bildung, lautete das Motto des großen Bildungstages des Landeselternbeirats in Stuttgart. Im Mittelpunkt der Diskussion sollte vor allem die Ausbildungs- und Hochschulreife der Kinder und Jugendlichen stehen.

Doch eine ganz andere Krise als thematisch angedacht trat wenige Tage vorher ein – der Amoklauf von Winnenden. In seiner Eröffnungsrede stellte Kultusminister Helmut Rau denn auch den Amoklauf in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Er rief dazu auf, genau hinzuschauen, das Aufwachsen, die Heranbildung eines jungen Menschen noch mehr als einen ganzheitlichen Prozess zu verstehen, in dem alle Beteiligten noch besser kooperieren und kommunizieren: Eltern, Schule, Betriebe, Behörden, Vereine – das gesamte soziale Umfeld.

Weil die Schule in einem ganzheitlich verstandenen Bildungsprozess eben nur ein – freilich ein entscheidender und zentraler – Faktor sei, gehörten zu einem zukunftsfähigen Bildungswesen starke Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, die gemeinsam Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen übernehmen.



Dieter Hundt im Gespräch mit Helmut Rau  
Foto: Pankonin

und privaten Schulen zur Erzieherinnenausbildung sowie weitere Projekte im frühkindlichen Bereich wie das Bildungshaus und die Sprachförderung.

Für einen sehr bedeutsamen Beitrag auf dem Weg der Schulen in die Eigenständigkeit hält der Minister das Projekt Bildungsregionen, erprobt in Freiburg und dem Landkreis Ravensburg (siehe auch Workshop 7). Jetzt werde es flächendeckend für alle Stadt- und Landkreise geöffnet. Das Land werde die notwendigen Personal- und Sachkosten bereitstellen.

Der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Dieter Hundt fand das Motto des Bildungstages „Raus aus der Krise – Rein in die Bildung“ gut gewählt. Es gehe darum, über die aktuelle Krisenbekämpfung hinaus an Morgen und Übermorgen zu denken.

Gut qualifizierte Menschen würden einen besseren Start in den nächsten Aufschwung ermöglichen. Gerade jetzt dürfe die notwendige Modernisierung und Weiterentwicklung des Bildungssystems nicht aus dem Auge verloren werden.

Bildungssystems nicht aus dem Auge verloren werden.

#### Integration als Schwerpunkt

Unsere Zeit sei, so Rau, gekennzeichnet durch weit reichende Veränderungen im Familiären und Privaten, durch veränderte Familienstrukturen und den Verlust mancher Traditionen. Gleichzeitig erlebe man einen permanenten technologischen Wandel im Zeichen der Informationsgesellschaft mit all seinen Auswirkungen auf das Freizeit- und Sozialverhalten von Kindern und Jugendlichen.

Auf gravierende demographische und soziologisch-strukturelle Verschiebungen der Gesellschaft, in der immer ältere Erwachsene mit immer weniger Kindern leben und in der zugleich der Anteil der Kinder und Jugendlichen in schwierigen oder „prekären“ Verhältnissen steige, müsse reagiert werden.

Das Thema Integration solle zu einem Schwerpunkt der zweiten Hälfte dieser Legislatur werden. Dabei gehe es keineswegs nur um Kinder mit Migrationshintergrund, sondern um die wachsende Zahl derer, die wegen der sozialen Schwäche ihres Elternhauses drohen, zu Ausgeschlossenen zu werden.

#### Individuelle Förderung und Eigenständigkeit

Im Rahmen der „Qualitätsoffensive Bildung“ soll die individuelle Förderung verstärkt werden durch die Senkung des Klassenteilers in fünf Schritten auf 28. Hierfür werden in den Jahren 2009 bis 2012 schrittweise fast 2.900 neue Lehrerstellen eingesetzt.

Wichtig seien laut Rau die frühe bedarfsorientierte Sprachstandsdiagnose im Anschluss an die vorgezogene Einschulungsuntersuchung, erweiterte Kapazitäten der öffentlichen

#### Die Wirtschaft als Partner

Die Wirtschaft engagiere sich bereits seit vielen Jahren für die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen auf Augenhöhe. Die von der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände getragene Landesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT mit ihren 38 regionalen Arbeitskreisen stelle vier Handlungsfelder bei dieser Zusammenarbeit in den Mittelpunkt:

1. Berufs- und Studienorientierung und Verbesserung der Ausbildungsreife
2. Qualitäts- und Schulentwicklung:  
In Zusammenarbeit von Schulen, Wirtschaft und Kultusministerium sei der Leitfaden „Qualitätszentrierte Schulentwicklung“ – kurz QZS, entwickelt worden. Er hilft bei der Vorbereitung auf die verpflichtende Selbst- und Fremdevaluation und zur Einführung eines schulspezifischen Qualitätsmanagements und stehe allen baden-württembergischen Schulen zur Verfügung.
3. Förderung von Naturwissenschaft und Technik:  
Exemplarisch erwähnt werden die Schüler-Ingenieur-Akademien – kurz SIA. Schülerinnen und Schüler erhalten über mindestens zwei Semester vertiefte Einblicke in das Studium und in den Beruf des Ingenieurs.
4. Ökonomische Bildung:  
Mit der Einführung des Faches Wirtschaft in der gymnasialen Oberstufe sei das Land Baden-Württemberg der Forderung nach mehr ökonomischer Bildung nachgekommen. Seit 2003 wird das Land bei der Lehrerfortbildung für das neue Fach unterstützt. Inzwischen haben mehr als 500 Gymnasiallehrer die Fortbildung durchlaufen und unterrichtet.

### Verantwortlichkeit vor Ort stärken

Wenn die eigenverantwortliche Zusammenarbeit von Schulen und Betrieben vor Ort ein wichtiger Faktor für erfolgreiche Schularbeit sei, dann gelte dies genauso für die gesamte Schulentwicklung. Hundt hob hervor, dass man eine selbstständige Schule braucht, die sich im Wettbewerb an der bestmöglichen Förderung ihrer Schülerinnen und Schüler messen lässt.

Dabei stehe die Forderung nach mehr Selbstständigkeit für die Einzelschule nicht im Widerspruch zu den Verfassungsgrundlagen. Artikel 7 Absatz 1 des Grundgesetzes formuliert: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates“. Es sage aber nicht: Das gesamte Schulwesen sei Sache des Staates. Jedoch werde Schulaufsicht nach wie vor als „Staatliche Schulhoheit“ missverstanden und nicht als reine Rechtsaufsicht aufgefasst.

Die Verantwortlichkeiten müssten vor Ort gestärkt werden, das bedeute, die Schule bilde ihr Profil durch Schwerpunktsetzung und ein verbindliches Schulprogramm, die Schulleitung schließt selbstständig Rechtsgeschäfte und Verträge ab, ein Schulbeirat repräsentiert Schüler, Eltern, Unternehmen, Hochschulen und Kommunen als Abnehmer der Leistung, und Personalauswahl und Personalentwicklung werden direkt von der Schulleitung gesteuert. Weiter sollten Schulen ein Globalbudget erhalten. Die Mittelbewirtschaftung könnte dann im Rahmen des Schulprogramms über Zielvereinbarungen erfolgen. Die Prozesse und Instrumente des Qualitätsmanagements müssen zudem in der Schule fest verankert sein.

### Schulstruktur nicht ausschlaggebend

Mehr Eigenständigkeit von Schulen und mehr Wettbewerb zwischen Schulen werde laut Hundt auch die immer wieder entfachte Schulstrukturdebatte neu justieren. Die Frage der Schulstruktur sollte vielmehr zum Gegenstand der Profilbildung und des Wettbewerbs von Schulen gemacht werden. Hundt geht davon aus, dass sich einerseits Schulen sehr bewusst mit den Stärken z. B. einer Hauptschule profilieren, und sich andererseits in einzelnen Regionen alternative Strukturen entwickeln werden.

Aus der Schulart „Hauptschule“, aktuell gebrandmarkt als Restschule, könne dann die profilgebende Marke „Hauptschule bzw. Werkrealschule“ werden, stehend für Berufsfeldbezug, Projektunterricht sowie fächerübergreifendes Lernen. Gleiches gelte für die Marken „Realschule“ und „Gymnasium“, die sich dann über profilgebende Elemente und Bildungsangebote definieren würden.

Die Arbeitgeber seien zu einem solchen Wettbewerb bereit, wenn die jeweiligen Bildungs- und Kompetenzstandards gesichert sind und die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schultypen gewährleistet sei.

### Werkrealschule darf keine Mogelpackung sein

Damit das Konzept der neuen Werkrealschule erfolgreich sein kann, müssten laut Hundt drei Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Der mittlere Abschluss der Werkrealschule hat den Standards der mittleren Reife voll und ganz zu entsprechen und darf keine Mogelpackung werden.
2. Es darf zu keiner Stigmatisierung der jetzigen Hauptschüler kommen, und es müssen vernünftige Übergangslösungen

vor allem für die einzügigen Hauptschulen gefunden werden.

3. Die Werkrealschule darf nicht zur Zementierung des dreigliedrigen Schulsystems missbraucht werden. Sie muss als gleichwertige Alternative zur Realschule entwickelt werden, die auch einen Ausstieg nach Klasse 9 mit dem Hauptschulabschluss ermöglicht.

Die demografische Entwicklung werde mittel- und langfristig ohnehin eine Weiterentwicklung der Schulstruktur erzwingen. Dabei machen Einheitslösungen wenig Sinn, denn die Bedarfssituation im ländlichen Raum werde eine andere sein als im städtischen Ballungsraum.

### Grenzen der Bildungspolitik

Bei allen denkbaren Lösungen dürfe nicht vergessen werden, dass sich mit einer reinen Strukturveränderung und dem Auflösen einer Schulart, wie z. B. der Hauptschule, die dahinter stehenden Probleme nicht automatisch mit auflösen werden. Viele Schüler würden auch weiterhin die Hypothek einer fehlgeschlagenen Integration, problematischer Familienverhältnisse oder des negativen Einflusses im sozialen Brennpunkt mit sich tragen. Damit müsse sich Schule grundsätzlich auseinandersetzen. Dabei stehe fest, dass Schule diese Probleme niemals alleine lösen kann, sondern die breite Unterstützung braucht. Ohne eine abgestimmte Bildungs-, Familien-, Integrations-, Sozial- und Kommunalpolitik bleibe dies Stückwerk.

### Lehrerbildung muss sich ändern

Auch die Lehrerbildung werde sich den neuen Rahmenbedingungen anpassen müssen. Aktuell beobachte man Veränderungen bei der Lehramtsausbildung an Grund- und Hauptschulen. Das Grundschullehramt werde als eigenständiger Ausbildungsgang weiter entwickelt und die Ausbildung für Haupt- und Realschullehrer stärker zusammengefasst. Künftige Hauptschul- bzw. Werkrealschullehrer sollten mit Realschullehrern gemeinsam ausgebildet werden. Allerdings dürfe die Aufwertung in einem Bereich nicht zu einer Abwertung in einem anderen führen, nämlich in der Grundschullehrerbildung. Die Frühförderung ist in aller Munde und da könne es nicht sein, dass Grundschullehrkräfte kürzer studieren und weniger verdienen sollen. Außerdem müssen laut Hundt höhere Anforderungen an Grundschullehrer gestellt werden:

- Vertiefungen in Deutsch und Mathematik.
- Stärkung des naturwissenschaftlich-technischen Bereichs im Studienplan.
- Verbesserung der Diagnosefähigkeit.
- Ausweitung der Praxisphasen im Studium.
- Bessere Schnittstellen zum Kindergarten.

### Wie steht es um den Paradigmenwechsel?

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion stellten sich die Teilnehmer den Fragen von LEB und Publikum.

Kultusminister Rau sieht zum Thema neue Bildungspläne den Paradigmenwechsel weg von der Stoffvermittlung hin zu Kompetenzen auf einem guten Weg. Die Entwicklung brauche aber mehr Zeit als von 2004 bis heute.

Südwestmetall-Geschäftsführer Stefan Küpper merkte an, dass vieles auf den Weg gebracht wurde. Allerdings würden

viele Ausbildungsbetriebe darüber klagen, dass sie bei den Schulabgängern nicht die Ausbildungsreife vorfinden, die sie brauchen. Wenn jetzt Schüler mit anderen Bildungsstandards von den Schulen kommen, müsste sich das auch bei den Einstellungstests der Unternehmen erkennen lassen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Landesschülerbeirats Baden-Württemberg, Lars Wahnschaffe, war zuerst auf der Realschule. Die Berufsberatung sei dort eher eine Zwangsveranstaltung gewesen. Der Paradigmenwechsel habe dort nicht stattgefunden. Heute sei er auf dem Gymnasium, dort werde man zwar auf das Studium vorbereitet, allerdings seien analytische Operatoren zu monoton, Kreativität und Motivation würden eher gedeckelt.

Norbert Brugger, Leiter des Dezernats für Allgemeine Verwaltung, Bildung und Kultur des Städtetages Baden-Württemberg, wurde zum Thema Kostenneutralität der Bildungsplanreform befragt. Die Kommunen hätten mehr ausgegeben als zugesagt, so Brugger. Man solle die Diskussion aber nicht über die Ressourcen führen. Kein Geld der Welt könne ersetzen, was Herzens- und Charakterbildung benötigt. Alle Kinder seien auf ihre Art gut. Schlüsselwerte seien aber Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein.

#### Wie steht es um den sozialen Frieden?

Stefan Küpper berichtete, dass Jugendliche zum Teil in der Ausbildung zum ersten Mal Regelsetzungen erleben. Die berühmten Soft Skills machten oft größere Probleme als das Schreiben und Rechnen. Im fachlichen Bereich könne man fast alles reparieren, aber im Bereich der persönlichen, sozialen Kompetenz sei das zum Teil nicht mal mit viel Mühe möglich.

Durch den neuen Bildungsplan sind immense Summen auf die Kommunen zugekommen. Deshalb wurde die Frage gestellt, ob nicht das Land stärker in der Pflicht sei, den Bedarf außerhalb der Lehrerschaft nicht allein den Kommunen zu überlassen, die je nach Kassenlage investieren.

Kultusminister Rau erklärte, es gebe eine Partnerschaft zwischen Land und Kommunen. Man könne nicht auf der einen Seite sagen, die Eigenständigkeit steigt ständig, aber es gebe nur einen, der alles zur Verfügung stellt. Die Kommunen hätten eine eigenständige Finanzkraft und damit eine eigenständige Verantwortung. In den letzten 5 Jahren sei die Schülerzahl um 50.000 zurückgegangen. In der Zeit des Schülerrückgangs habe das Land weitere Stellen geschaffen. Das heißt, das Land baue die personelle Unterstützung an den Schulen ständig aus, weitere 4000 Stellen seien geplant durch die Bildungsoffensive.

#### Brauchen wir mehr Schulsozialarbeit?

Auf Nachfrage, ob nicht das Land bei einer Kultur des Hinsehens mit einem Mehr an Schulsozialarbeitern ein Signal geben müsste, erklärte Helmut Rau, dass nicht nur die Kommunen eine Kassenlage hätten.

Stefan Küpper kritisierte, es könne nicht sein, dass es nur Lehrer, Hausmeister und Sekretärinnen an der Schule gebe. In der Schulsozialarbeit aber ein Allheilmittel zu sehen sei falsch. Die Lehrkraft sehe den Schüler am regelmäßigsten, deshalb sei dies auch eine Thematik der Lehrerausbildung.

Lars Wahnschaffe forderte bei der Schulsozialarbeit ein einheitliches und flächendeckendes Konzept. Das Leitbild vieler Schulen enthalte Persönlichkeitsbildung, die könne aber nur dann richtig stattfinden, wenn Sozialarbeiter als fest integrierter Teil der Schule und nicht als außenstehende Personen vor Ort sind.

Die so genannte „Individuelle Förderung“ werde von

der Politik als Modewort benutzt. Um individuelle Förderung gewährleisten zu können, müsse die Lehrerausbildung verändert werden. Auch an den Pädagogischen Hochschulen gehören Ausbilder ausgewechselt. Herzensbildung gebe es nur durch die SMV, da vieles Außerschulische wegfallen, weil keine Zeit mehr sei.

#### Noch offene Wünsche

„Stellen Sie sich vor, Sie bekommen ein Paket mit dem Geld, das für die Rettung der Hypo Real Estate zur Verfügung gestellt wird. Was machen Sie damit?“ war die an alle Podiumsgäste gerichtete Schlussfrage.

Lars Wahnschaffe würde Bildung besser machen. Eltern müssten Lasten abgenommen werden. Außerdem müsste die Lehreraus- und -fortbildung verbessert und evaluiert werden. Schulleiter müssten weg vom Verwalter hin zum Leiter. Der Klassenteiler müsste weiter gesenkt, außerschulische Aktivitäten müssten fest verankert und Lernmittel erneuert werden.

Norbert Brugger hob nochmals die Herzensbildung hervor. Hierzu müsste es eine Ausschreibung mit Mitteln für jede Schule geben, damit Konzepte entwickelt würden. Den Kindern müsse mehr Selbstvertrauen mitgegeben werden. Man sollte mehr von Herausforderungen als von Krisen reden, mehr von Lösungen als von Problemen.

Stefan Küpper sieht innerhalb des Bildungssystems genügend Ansatzpunkte für Ressourceneffizienz. Es gebe viele Fragen, die nichts mit Ressourcen zu tun hätten, z.B. die Qualität der Lehrerausbildung. Es brauche einen Schulterschluss zwischen allen beteiligten Partnern.

Kultusminister Rau möchte die Arbeitsmöglichkeiten für Lehrer an den Schulen ausbauen, ihnen bessere Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Außerdem sieht er einen sehr aktiven Teil der Elternschaft und einen sehr inaktiven, deren Kinder benachteiligt sind. Dem würde er gerne entgegensteuern. Gerne würde er auch die kulturellen Kompetenzen stärken und Schriftsteller, Maler, Tänzer an die Schulen holen.



Podium: KM Helmut Rau, Stefan Küpper, Norbert Brugger, Lars Wahnschaffe

Foto: Pankonin

## **Raus aus der Krise – Rein in die Bildung**

**Bildungstag des Landeselternbeirats 2009 in Stuttgart**

unter dem oben genannten Motto fand am 14. März 2009 der Bildungstag des Landeselternbeirates Baden-Württemberg statt. Die neueste Ausgabe von *Schule im Blickpunkt* (Nr. 4/2009) informiert Sie ausführlichen über die Ergebnisse der Diskussionen und der zehn angebotenen Workshops.

Die aktuelle Ausgabe kann zum Preis von Euro 2,50 zzgl. Porto bei der

Neckar-Verlag GmbH,  
Postfach 1820, 78008 Villingen-Schwenningen

Fax: 07721/8987-50

Tel: 07721/8987-37

[service@neckar-verlag.de](mailto:service@neckar-verlag.de)

bezogen werden.

**Ein Jahresabonnement (6 Ausgaben)**

***Schule im Blickpunkt* kostet nur 10,65 € pro Jahr (zuzügl. Porto)**

***Schule im Blickpunkt* informiert Sie aktuell und umfangreich über Bildungsthemen und Elternarbeit in Baden-Württemberg.**